

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung –Problemdarstellung und Gang der Untersuchung	27
Kapitel 1: Festlegung des Untersuchungsgegenstandes	35
§ 1 Militärische Operationen der Europäischen Union	37
A. Begriffserklärung und Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes	37
B. Historische Entwicklung: Der lange Weg zur ersten militärischen Operation der EU	39
I. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	40
1. Der politische Wille zur Schaffung einer EVG	41
2. Notwendige Mittel und Entscheidungsstrukturen zur Durchführung militärischer Operationen	41
a. Gemeinsame Streitkräfte: Die Europäischen Verteidigungskräfte	42
b. Die Einrichtung gemeinsamer Entscheidungsstrukturen	43
II. Der Kompromiss: Die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU)	45
1. Der Politische Wille zur Schaffung der Westeuropäischen Union (WEU)	45
2. Notwendige Mittel und Entscheidungsstrukturen der WEU zur Durchführung militärischer Operationen	47
a. Die notwendigen Entscheidungsstrukturen	47
b. Die notwendigen Mittel	48
III. Eine Phase intergouvernementaler Koordinierung nationaler Außenpolitiken	49
1. Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)	49
2. Die einheitliche Europäische Akte (EEA)	50

IV. Intergouvernementale Koordinierung nationaler Außenpolitiken im Rahmen der EG	51
1. Der Vertrag von Maastricht	51
a. Politischer Wille: Festlegung der Zielvorstellung gemeinsamer Verteidigungspolitik	52
b. Die Schaffung der notwendigen Entscheidungsstrukturen	52
c. Mittel zur Umsetzung der beschlossenen Politiken	53
d. Die Nutzung von Mitteln der WEU	56
2. Der Vertrag von Amsterdam	57
a. Der Politische Wille: Die Festlegung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	57
b. Die Schaffung der notwendigen Organe	58
c. Die Schaffung der notwendigen Mittel und Entscheidungsstrukturen	59
3. Die Geburtsstunde der ESVP: Der Rat in Köln im Jahre 1999	61
V. Die Ausformung der ESVP	62
VI. Militärische Operationen der EU werden Wirklichkeit	64
1. Die Zeit nach dem Europäischen Rat von Nizza: Umsetzung der wesentlichen Strukturentscheidungen	64
a. Die Schaffung neuer Gremien	65
b. Änderungen im Bereich der ESVP	70
2. Die erste militärische Operation der EU wird Wirklichkeit	72
VII. Der Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	73
1. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS 2003) und ihre Umsetzung	73
2. Die Headline Goals 2010	75
3. Die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsagentur (EVA)	76
4. Die „Berlin plus“ Vereinbarung	76
5. Pläne zur Einrichtung von „Planungs- und Führungszellen“ und eines „Operationszentrums“	77
6. Änderungen durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon	78
a. Rechtspersönlichkeit der EU	78
b. Neuer Name und neue Strukturen	79

c. Neue Zielvorgaben und ihre Umsetzung	80
d. Neue Aufgaben für die Organe der EU	81
e. Änderungen betreffend die Handlungsformen im Bereich der GASP	84
f. Beschlussfassung	86
g. Die Durchführung von militärischen Operationen und der Aufbau militärischer Fähigkeiten	87
h. Die Beachtung der NATO und der WEU	88
i. Finanzen	88
7. Die neue globale Strategie für die EU-Sicherheitsarchitektur (2016)	89
VIII. Zwischenfazit	92
C. Die ATALANTA-Operation der EU	93
I. Die Entwicklung des „Piraterieproblems“ im Golf von Aden	93
II. Die Situation in Somalia	100
III. Die Gründe für das Problem des Anstieges der Piraterie im Golf von Aden und der Umgang der EU mit ihm	106
IV. Die ATALANTA-Operation-Krisenmanagement der EU	110
1. Phase 1-3 der ATALANTA-Operation: Von der Routine zur Operationsplanung	111
2. Phase 4 der ATALANTA-Operation: Die Entscheidung zum Handeln und die Verabschiedung planungs- und operationsrelevanter Dokumente	113
a. Die GA 2008/851/GASP und ihre Folgebeschlüsse	114
b. Nachfolgende planungs- und operationsrelevante Dokumente	125
3. Phase 5: Die Implementierung der ATALANTA-Operation	131
§ 2 Die Unionsgrundrechte	136
A. Die Begrifflichkeit „Unionsgrundrecht“	137
B. Die Rechtsquellen der Unionsgrundrechte	140
I. Die Grundrechte nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen	140
1. Die Rechtserkenntnisquellen der Grundrechte nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen	141
a. Die EMRK als Rechtserkenntnisquelle	141

## *Inhaltsverzeichnis*

b. Die Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten	143
c. Völkerrechtliche Verträge	144
2. Die Rechtsnatur der allgemeinen Rechtsgrundsätze	145
II. Die Grundrechtecharta	148
1. Die Gewährleistungen der GRC	148
2. Das Verhältnis der Grundrechte nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu den Vorschriften der GRC	149
III. Die Grundrechte in den Verträgen	157
IV. Ausblick: Die EMRK als Rechtsquelle nach dem Beitritt der EU zur EMRK	158
1. Rechtsfolge: Rechtsnatur der EMRK nach dem Beitritt der EU zur EMRK	159
2. Rechtsfolge: Mitgliedstaatliche Bindung an die EMRK	161
V. Zwischenfazit	162
§ 3 Mögliche Verletzungen der Unionsgrundrechte bei der ATALANTA-Operation	163
A. Mögliche Grundrechtsverletzungen durch die EU und ihre Mitgliedstaaten	163
B. Mögliche Grundrechtsverletzungen durch Private	174
C. Zwischenfazit	175
§ 4 Ergebnis	176
Kapitel 2: Die Anwendbarkeit und Durchsetzbarkeit der Unionsgrundrechte bei militärischen Operationen der EU	179
§ 1 Die Anwendbarkeit der Unionsgrundrechte im Bereich der GASP	183
A. Verdrängung der Unionsgrundrechte durch die Regeln des humanitären Völkerrechts?	183
I. Die Bindung der EU und ihrer Mitgliedstaaten an die Regeln des humanitären Völkerrechts	183
II. Die Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts bei der ATALANTA-Operation	185
III. Zwischenfazit	190

B. Die Anwendbarkeit der Unionsgrundrechte im Bereich der GASP	191
I. Grundlegende Fragen im Bereich der GASP	192
1. Die anzuwendende Auslegungsmethode	193
2. Die EU als Trägerin der GASP? Rechtsträgerschaft und Kompetenz	196
a. Rechtsträgerschaft der EU	196
b. „Vollwertige“ Kompetenz der EU im Bereich der GASP?	201
3. Wirkungsmodi der GASP-Rechtsakte	205
a. Die Vorrangwirkung von Unionsrecht im Bereich der GASP	206
b. Unmittelbare Wirkung des Unionsrechts in der GASP	217
4. Zuständigkeit der Unionsgerichte in der GASP	225
II. Die Grundrechtsverpflichteten	232
1. Die EU als Grundrechtsverpflichtete	232
a. Persönliche Verpflichtung	232
b. Sachliche Verpflichtung	234
c. Sinn und Zweck der umfassenden organisatorischen Bindung der EU an die Unionsgrundrechte	237
2. Die grundrechtsverpflichteten Mitgliedstaaten der EU	241
a. Persönliche Verpflichtung	242
b. Sachliche Verpflichtung: Im Anwendungsbereich des Unionsrechts oder bei der Durchführung des Rechts der Union	244
aa. Die Rechtsprechung des EuGH	246
(1) Die Bestimmung von Fallgruppen	247
(2) Die Gesamtschau: Verallgemeinerungswürdige Schlüsse aus der Betrachtung der Rechtsprechung des EuGH	254
(3) Zwischenfazit	260
bb. Der allgemeine Lösungsansatz des Generalanwalts Cruz Villalón	261
cc. Meinungsbild im Schrifttum	266
(1) Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte im Bereich der GASP	267

(2) Ablehnung oder nur eingeschränkte Befürwortung der Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte im Bereich der GASP	268
(3) Abstrakte Bestimmung des Anwendungsbereichs der GRC	272
dd. Die Auslegung von Art. 51 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GRC	274
(1) Die Wortlautauslegung	275
(2) Die historische Auslegung	279
(3) Die systematische Auslegung	281
(4) Die teleologische Auslegung	283
α. Funktionelles Handeln der Mitgliedstaaten für die Union	284
β. Funktionalität der Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte: Herstellung der einheitlichen Wirksamkeit des Unionsrechts	291
γ. Stellungnahme	298
ee. Zwischenfazit	308
3. Die Bedeutung des „Opt-Outs“ einiger Mitgliedstaaten	311
a. Die Bedeutung des Protokolls Nr. 30	313
aa. Die Bedeutung von Art. 1 des Protokolls Nr. 30	314
bb. Die Bedeutung von Art. 2 des Protokolls Nr. 30	318
b. Die Anwendbarkeit der Grundrechte nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen trotz „Opt-Out“?	320
4. Private als Grundrechtsverpflichtete?	323
III. Die Grundrechtsberechtigten	326
IV. Der territoriale Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	327
1. Der räumliche Geltungsbereich der Unionsverträge	329
a. Die völkerrechtliche Vereinbarkeit der extraterritorialen Wirkung von Unionsrecht	331
b. Rechtsprechung des EuGH zur extraterritorialen Wirkung von Unionsrecht	333
c. Zwischenergebnis	337

2. Die extraterritoriale Wirkung der GRC	338
a. Die völkerrechtliche Vereinbarkeit der extraterritorialen Anwendbarkeit der Unionsgrundrechte	338
b. Das Anwendungserfordernis der „jurisdiction“ als Begrenzung des Anwendungsbereichs der Unionsgrundrechte?	342
aa. Begrenzung des Anwendungsbereichs der Unionsgrundrechte durch das Anwendungserfordernis „jurisdiction“ im menschenrechtsvertraglichen Sinn?	342
(1) „Jurisdiction“ als Anwendungsvoraussetzung der EMRK	344
(2) „Jurisdiction“ in der Auslegung des EGMR als Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Unionsgrundrechte?	353
bb. Begrenzung des territorialen Anwendungsbereichs der Unionsgrundrechte durch ein territoriales Verständnis „unionaler Hoheitsgewalt“?	358
(1) Der Vorschlag des CDDH: Ausübung territorialer „jurisdiction“ durch die EU	359
(2) Der Vorschlag des CDDH: Ausübung territorialer unionaler „jurisdiction“ durch die Mitgliedstaaten	361
(3) Das Zugrundelegen eines territorialen Verständnisses von unionaler Hoheitsgewalt für die Bestimmung der Anwendbarkeit der GRC?	363
cc. Zwischenergebnis	369
V. Abweichende Anwendungsregelungen für die Unionsgrundrechte nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen?	372
C. Zwischenergebnis	374

§ 2 Mehrfachbindungen: Grundrechtsordnungen zwischen Ausgleich und Konflikt	378
A. Mehrfachbindung: Unionale, nationale Grundrechte und die EMRK	379
I. Keine Mehrfachbindung aufgrund fehlender Bindung des „auswärtigen Handelns“ und/oder extraterritorialer Sachverhalte an Grundrechtsgehalte in den verschiedenen Rechtsordnungen?	380
II. Keine Mehrfachbindung aufgrund freiwilliger oder oktrozierter Bindungsrücknahme?	384
1. Bindungsrücknahme nationaler Grundrechtsordnungen am Beispiel Deutschlands	384
2. Bindungsrücknahme der Unionsgrundrechte?	389
3. Bindungsrücknahme der EMRK?	391
B. Interferenzen der Grundrechtsordnungen	395
I. Konvergenz	395
1. Interpretationshilfen	396
a. Die EMRK als Interpretationshilfe	396
b. Die Unionsgrundrechte als Interpretationshilfe	399
c. Die nationalen Grundrechtsordnungen als Interpretationshilfen	400
2. Obligatorische Anpassungsgebote	404
a. Obligatorische Anpassungsgebote an die EMRK	404
b. Obligatorische Anpassungsgebote an die nationalen Grundrechtsordnungen?	410
c. Obligatorische Anpassungsgebote an die Unionsgrundrechte	412
3. Das Potenzial von Interpretationshilfen und Anpassungsgeboten zur Konfliktvermeidung	413
II. Koexistenz von Grundrechtsordnungen	416
1. Koexistenzherstellung durch die EMRK: Koexistenznormen und margin of appreciation	417
2. Koexistenzherstellung durch die Unionsgrundrechte: Koexistenznormen und margin of appreciation	419
3. Das Zusammenpiel der Koexistenznormen Art. 53 GRC und Art. 53 EMRK nach dem Beitritt der EU zur EMRK	423



4. Koexistenzherstellung durch nationale Grundrechtsordnungen am Beispiel Deutschlands: Koexistenznormen und margin of appreciation	424
5. Zwischenfazit	427
III. Kollision von Grundrechtsordnungen	431
1. Vorrang des Unionsrechts gegenüber nationalem Recht	432
2. Vorrang der EMRK gegenüber dem Unionsrecht	435
3. Kollisionen zwischen nationalen Grundrechten und der EMRK	438
IV. Zwischenfazit	441
§ 3 Die rechtliche Durchsetzbarkeit der Unionsgrundrechte im Bereich der GASP	444
A. Rechtsschutzmöglichkeiten bei Eingriffen in die Unionsgrundrechte: Das unionale Rechtsschutzsystem	444
I. Rechtsschutz durch den EuGH	446
II. Rechtsschutz durch die nationalen Gerichte	449
1. Besonderheiten im Bereich der GASP	451
2. Klagemöglichkeiten vor nationalen Gerichten am Beispiel Deutschland	455
a. Rechtsschutz vor den deutschen Verwaltungsgerichten	456
b. Rechtsschutz vor dem BVerfG	459
aa. Unions(grund)recht als Prüfungsmaßstab vor dem BVerfG?	460
bb. Stellungnahme	468
B. Rechtsschutzmöglichkeiten bei Eingriffen in die Unionsgrundrechte: Rechtsschutz durch den EGMR?	469
C. Konkurrenzen der Schutzinstanzen	470
I. BVerfG und EuGH: Anwendbarkeit der Solange II-Rechtsprechung im Bereich der GASP?	471
II. Das Verhältnis des EGMR zum EuGH	477
1. Das Verhältnis des EGMR zum EuGH: de lege lata	477
a. „Unionsrecht“ als Prüfungsgegenstand vor dem EGMR	479

## *Inhaltsverzeichnis*

b. Die Übertragbarkeit der EGMR-Rechtsprechung zum Prüfungsgegenstand „Unionsrecht“ auf den Bereich der GASP?	486
2. Das Verhältnis des EGMR zum EuGH: de lege ferenda	490
§ 4 Ergebnis	495
Kapitel 3: Die Anwendbarkeit und Durchsetzbarkeit der Unionsgrundrechte am Beispiel des EU-NAVFOR Somalia Einsatzes der EU (ATALANTA)	499
§ 1 Darstellung des Sachverhalts des Beispielfalls	501
§ 2 Die Anwendbarkeit der Unionsgrundrechte bei der ATALANTA-Operation	506
A. Verdrängung der Unionsgrundrechte durch die Regeln des humanitären Völkerrechts?	506
B. Die Anwendbarkeit der Unionsgrundrechte	507
I. Die EU als Grundrechtsverpflichtete	508
II. Die Mitgliedstaaten als Grundrechtsverpflichtete	512
1. Die Festnahme und das Festhalten von der Piraterie Verdächtigen als „Durchführung des Rechts der Union“	517
2. Die Überstellung von der Piraterie Verdächtigen an Drittstaaten als „Durchführung des Rechts der Union“	521
3. Tötung von der Piraterie Verdächtigen als „Durchführung des Rechts der Union“	525
4. Zwischenfazit	527
5. Die Rechtslage vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon	528
III. Drittstaatsangehörige als Grundrechtsberechtigte	530
IV. Territoriale Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	532
§ 3 Mehrfachbindung	533
A. Bindung an die nationalen Grundrechte am Beispiel Deutschlands	533
I. Zurechnung des relevanten Handelns zu Deutschland	533
II. Extraterritoriale Anwendbarkeit des GG	535

B. Bindung an die EMRK	536
I. Die Zurechnung der Handlungen zu den Mitgliedstaaten	536
II. Extraterritoriale Anwendbarkeit	546
C. Konvergenz, Koexistenz und Kollision zwischen den verschiedenen (Grund)rechtsordnungen	552
§ 4 Die rechtliche Durchsetzbarkeit der Unionsgrundrechte	565
A. Rechtsschutz durch den EuGH	565
B. Rechtsschutz durch die nationalen Gerichte am Beispiel Deutschlands	565
I. Rechtsschutz vor den deutschen Verwaltungsgerichten	565
II. Rechtsschutz vor dem BVerfG	568
C. Rechtsschutz durch den EGMR	568
D. Konkurrenzen der Schutzinstanzen	569
§ 5 Ergebnis	572
Resümee	574
Literaturverzeichnis	589